

# Ein menschenwürdiges Leben für alle – das Existenzminimum muss dringend angehoben werden!

– update erforderlich!



## Wir fordern

- ➡ **Unser Ziel ist ein würdevolles Leben für alle, ohne Ausgrenzung und Not.**  
Heute fehlen dafür Millionen Menschen die materiellen Voraussetzungen und die öffentliche Infrastruktur. Es fehlt an Geld für die Gewährleistung des Existenzminimums – von Ernährung, Kleidung und Wohnen bis zu Kommunikation, Kultur und Bildung. Das gilt auch für BezieherInnen von Hartz IV und Sozialhilfe. Das gilt in besonderem Maße für AsylbewerberInnen, neu zugewanderte EU-BürgerInnen und Menschen ohne Wohnung.
- ➡ **Die Verarmung und Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich betrifft immer mehr Menschen.**  
Niedriglöhne, Erwerbslosigkeit und Altersarmut führen zu existentiellem Mangel. Ebenso sind Menschen mit Krankheiten oder Behinderungen oft nicht verlässlich abgesichert. Die bedrückenden Zahlen zur Kinderarmut zeigen, dass schon vom ersten Tag an viele Kinder sozialer Ausgrenzung ausgesetzt sind.
- ➡ **Diese breite Einkommensarmut schafft eine millionenfache Nachfrage nach Billigstprodukten und Billigstarbeit – weitere Armut ist die Folge.**  
Wir kritisieren eine Armutsspirale, die von unfairen Erzeugerpreisen über Armutslöhne bis zu den aktuellen Regelsätzen reicht. Diese geht einher mit Qualitätsverlusten der Produkte, der Zerstörung natürlicher Ressourcen und regionaler Märkte hier und in den Entwicklungsländern. Diese sozial wie auch wirtschaftlich schädliche Abwärtsbewegung muss endlich umgekehrt werden.
- ➡ **Wir wollen eine breite gesellschaftliche Debatte über die Existenzsicherung in Deutschland anstoßen.**  
Dazu gehören realitätsgerechte Regelsätze genauso wie Existenz sichernde Arbeitsbedingungen, angemessene steuerliche Grundfreibeträge, armutsfeste Sozialleistungen und eine soziale Infrastruktur, die uns einer sozial gerechten, fairen und ökologischen Gesellschaft ohne Armut und Ausgrenzung näher bringt.

- 1 **Das soziokulturelle Existenzminimum darf nicht weiter mittels fragwürdiger Berechnungsmethoden festgesetzt werden.** Wir fordern eine methodisch saubere, transparente Ermittlung der Regelsätze und einen Verzicht auf willkürliche Kürzungen. Es geht um ein Grundrecht unserer Verfassung, nicht um politische Opportunität und Kassenlage.
- 2 **Die aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) gewonnenen Daten müssen anhand weiterer Untersuchungen, die den tatsächlichen Bedarf ermitteln, auf ihre Plausibilität überprüft werden.** Die statistischen Befunde zu den Ausgaben der unteren Einkommensgruppen sind vielfach wenig geeignet, das Existenzminimum zu ermitteln. Solche Daten bilden eher den Mangel ab als den eigentlichen Bedarf. Zu einer bedarfsgerechten Bestimmung der Regelsätze müssen die Ergebnisse mit den tatsächlichen aktuellen Lebenshaltungskosten abgeglichen werden.
- 3 **Die Defizite des gegenwärtigen Systems werden bei Kindern und Jugendlichen am offenkundigsten.** Um Regelsätze in einer Höhe festzulegen, (weiter S. 2)

– update erforderlich!

die den tatsächlichen Mindestbedürfnissen von Kindern und Jugendlichen gerecht werden, fordern wir, deren Regelsätze bedarfsorientiert zu überprüfen. Anhand der Kinderernährung lässt sich zeigen, wie unzuverlässig die Ergebnisse sind, wenn sie wie nach den Vorgaben der Bundesregierung ermittelt werden.

- 4 Die jährliche Anpassung der Regelsätze sollte sich ausschließlich nach der Preisentwicklung der regelsatzrelevanten Güter richten. Eine zusätzliche Berücksichtigung der Entwicklung von Löhnen und Abgaben ist nicht sachgerecht für die Ermittlung des Existenzminimums – dies gilt besonders für Zeiten einer Wirtschaftskrise.
- 5 Für langlebige Gebrauchsgüter, aufwändige Leistungen der Gesundheitspflege und bei hohen Mobilitätsanforderungen müssen Extraleistungen gewährt werden. Nicht alles ist pauschalierbar, gerade größere notwendige Anschaffungen sind aus dem Regelbedarf heraus nicht zu finanzieren.
- 6 Das soziokulturelle Existenzminimum muss als Mindestanspruch allen zugestanden werden – egal, ob sie gerade über Erwerbseinkommen verfügen können oder nicht. Zu einem menschenwürdigen Leben gehört dies ebenso dazu wie faire Erzeugerpreise, existenzsichernde Erwerbseinkommen und Nachhaltigkeit als Qualitätsmaßstab für die benötigten Waren und Dienstleistungen.

7 Das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum gilt für alle hier lebenden Menschen. Das Asylbewerberleistungsgesetz und Ausschlussregelungen für EU-Bürger sind abzuschaffen. Auf Arbeits- und Ausbildungsverbote, Residenzpflicht und Einweisung in Sammellager ist zu verzichten. Der gleiche Zugang aller hier lebenden Menschen zu existenzsichernden Leistungen ist sicherzustellen.

8 Die Entscheidung über das Existenzminimum muss der Gesetzgeber unter breiter gesellschaftlicher Beteiligung treffen. Bisher wird die Frage, was zum Leben mindestens erforderlich ist, faktisch von der Ministerialbürokratie beantwortet. Wir fordern die Einsetzung einer unabhängigen Kommission. Diese soll aus WissenschaftlerInnen, VertreterInnen von Wohlfahrts- und Sozialverbänden, den Sozialpartnern, Kommunen und nicht zuletzt Betroffenen selbst bestehen. Diese Kommission soll vor allem die Recherchergebnisse der Bundesregierung im Sinne eines »Bedarfs-TÜVs« überprüfen.



Wir stellen fest:

Um das soziokulturelle Existenzminimum endlich verlässlich zu sichern, ist ein deutlich höherer Regelsatz dringend erforderlich.

AWO Arbeiterwohlfahrt | Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft |  
Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände | Arbeitslosenselbsthilfe  
Oldenburg | Regionalverbund der Erwerbsloseninitiativen Weser-Ems |  
Attac Deutschland | Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland |  
Deutscher Gewerkschaftsbund | Diakonie Deutschland |  
Erwerbslosen Forum Deutschland | Evangelische Obdachlosenhilfe in Deutschland | Evangelischer Fachverband  
für Arbeit und soziale Integration | Koordinierungsstelle  
gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen | Nationale Armutskonferenz – nak |  
NaturFreunde Deutschlands | PRO ASYL | Sozialverband Deutschland (SoVD) |  
Sozialverband VdK | Tacheles Wuppertal | Verband Alleinerziehender Mütter und Väter |  
Volkssolidarität Deutschland

**www.menschenwuerdiges-existenzminimum.org**

- Warum unsere Gesellschaft eine armutsfeste soziale Absicherung braucht und zu welchem Mangel die völlig unzureichenden Regelsätze führen, können Sie in unserem ausführlichen Positionspapier lesen:  
[www.menschenwuerdiges-existenzminimum.org](http://www.menschenwuerdiges-existenzminimum.org) // Bestellungen der Printprodukte (Stichwort »Flyer Existenzminimum« beziehungsweise »Broschüre Existenzminimum«) bei: Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, eMail: [info@erwerbslos.de](mailto:info@erwerbslos.de) / Alte Jakobstraße 149, 10969 Berlin, fon 030. 86 8767 0-0; fax: -21. Materialien und Zusendung sind kostenfrei.